

Nomos **PRAXIS**

Marx

Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht

Handbuch

9. Auflage



Nomos

NomosPRAXIS

Dr. Reinhard Marx

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht

Handbuch

9. Auflage



Nomos

Zitiervorschlag: Marx Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht § ... Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-3646-2 (Print)

9. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur 9. Auflage

Zwischen der 8. und der 9. Auflage des Handbuchs wurde das Asyl- und Flüchtlingsrecht durch das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) grundlegend verändert.

Bereits 2016 hatte die damalige Kommission der Europäischen Union vorgelegt. Erst nach achtjähriger Diskussion konnten sich Ministerrat, Kommission und das Europäische Parlament auf ein neues GEAS einigen. Ergebnis ist eine Art Monstrum zur Abschreckung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Europäischen Union.

Bis auf die Aufnahmerichtlinie wurden alle bisherigen Rechtsakte, soweit sie nicht schon von Beginn an als Verordnung galten (wie die „Dublin“- und die „Eurodac-Verordnungen“), von der Richtlinie zur Verordnung hochgezont und damit den Mitgliedstaaten bei der Anwendung der Rechtsakte nur noch ein sehr enger eigener Handlungsspielraum gelassen. Nach Art. 42 Abs. 1 ist die Verordnung (EU) 2025/1347 zwanzig Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU am 14. Mai 2024 am 3. Juni 2024 in Kraft getreten. Sie gilt ab dem 1. Juli 2026 (Art. 42 Abs. 2). Art. 78 Abs. 1 Verordnung (EU) 2024/1348 bestimmt ebenfalls, dass die Verordnung am 3. Juni 2024 zwanzig Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU am 14. Mai 2024 in Kraft getreten ist (Art. 78 Abs. 1 Verordnung (EU) 2024/1348). Sie gilt ab dem 12. Juni 2026 (Art. 78 Abs. 2 Verordnung (EU) 2024/1348). Die AMM-Verordnung (EU) 2024/1351 ist ebenfalls zwanzig Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU am 14. Mai 2024 am 3. Juni 2024 in Kraft getreten (Art. 85 Abs. 1). Sie gilt ab dem 1. Juli 2026 (Art. 85 Abs. 2). Die Aufnahmerichtlinie 2024/1346/ ist zwanzig Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU am 14. Mai 2024 am 3. Juni 2024 in Kraft getreten (Art. 37). Sie ist bis zum 12. Juni 2026 umzusetzen (Art. 35 Abs. 1). Der deutsche Gesetzgeber hat aufgrund des GEAS durch das GEAS-Anpassungsgesetz das nationale Asylsystem grundlegend verändert. Es ist am 12. Juni 2026 in Kraft getreten. Zahlreiche Vorschriften des AsylG wurden durch das Gesetz aufgehoben, weil insoweit das Unionsrecht unmittelbar Anwendung findet. Die Änderungen betreffen in erster Linie das asylrechtliche Asylverfahren, nicht jedoch die prozessualen Vorschriften des Asylrechts.

Die 9. Auflage des Handbuchs berücksichtigt sämtliche Neuerungen. In diesem Zusammenhang wurden die einzelnen Kapitel neu gegliedert:

Der frühere, die Erteilung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels betreffende Rechtsbereich wurde in vier voneinander unabhängige Kapitel aufgeteilt. Dies war erforderlich, weil ein Visum zwar ein Aufenthaltstitel, aber nicht ein auf Dauer angelegter ist. Die Freizügigkeitsberechtigung ist dabei kein Aufenthaltstitel. Von der ersten Auflage an hätte deshalb weder das Schengen-Visum noch die Freizügigkeitsberechtigung in einem Abschnitt, der die Erteilung und befristeten wie unbefristeten Verlängerung zum Thema hat, Raum gefunden. Das bisher in § 9 behandelte Asyl- und asylprozessuale Verfahren wurde aufgeteilt in Asylverfahren (§ 11) und Asylprozess (§ 12).

Das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem machte eine Überarbeitung des ersten Teils der humanitären Migration (§ 7) erforderlich. Da die unionsrechtlichen Vorschriften im Flüchtlings- und Asylrecht kein in sich geschlossenes System der Regelung der

Vorwort zur 9. Auflage

Abschiebungshaft, wie etwa das deutsche Recht (§ 62 ff. AufenthG), kennen, sondern der Verordnungs- bzw. Richtlinienggeber in den einzelnen Rechtsakten lediglich einzeln Rechtsgrundlagen für Freiheitsentziehungen normiert hat, hat das neue GEAS relativ geringfügige Auswirkungen auf das deutsche Abschiebungshaftrecht. Allerdings wurden in der Screening-Verordnung Grenzverfahren mit dem Ziel eingeführt, durch eine Art Vorprüfung bei Asylsuchenden aus bestimmten Herkunftsländern deren Zulassung in das Bundesgebiet vollständig zu unterbinden. Auswirkungen hat dies auch auf das deutsche Asylverfahren an der Grenze, früher Flughafenverfahren genannt, bei denen die Fristen für die Freiheitsentziehung unions- und verfassungswidrig erweitert wurden. Insoweit dürften wahrscheinlich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der Gerichtshof der Europäischen Union und das Bundesverfassungsgericht dem unionsrechtlichen Gesetzgeber seine Grenzen bei der Gestaltung von Sekundärrecht im Flüchtlingsrecht aufzeigen.

Auch das nationale Aufenthaltsgesetz wurde in den letzten Jahren, insbesondere im Bereich der Fachkräfteeinwanderung, wiederholt geändert. Hier ist die Entwicklung nicht abgeschlossen, weil eine gelungene Gesamt-Konzeption aufgrund der bürokratischen „Regelungswut“ des Gesetzgebers nicht gefunden wurde und eine zufriedenstellende normative Lösung von der derzeitigen Bundesregierung kaum zu erwarten ist. Wie in den Voraufgaben liegt der Schwerpunkt auf der Erläuterung der Rechtsprechung internationaler Spruchkörper, wie dem Menschenrechtsausschuss und dem Komitee gegen Folter sowie dem Unionsrecht. Darüber hinaus wurde insbesondere regionales Völkerrecht wie die Europäische Menschenrechtskonvention berücksichtigt. Seit etwa 2010, teilweise auch davor, gewinnt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zunehmend für die Vertragsstaaten und damit auch für die Mitgliedstaaten im Asyl- und Flüchtlingsrecht an Bedeutung. Dies betrifft in Besonderheit das frühere Dublin-Verfahren, das nunmehr in Art. 16 bis Art. 50 AMM-Verordnung (EU) 2024/1351 geregelt ist.

Die bisherige Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union kann dabei aufgrund des neuen GEAS nur noch bedingt fortgeschrieben werden. Bei vielen Rechtsfragen wurden jedoch keine qualitativen Änderungen bewirkt, da das neue GEAS insbesondere ein flüchtlingsrechtliches Abwehr- und Abschreckungssystem aufgebaut hat.

Durch den Brexit ist das Vereinigte Königreich aus der Union ausgeschieden. Auch dem ist in der 9. Auflage Rechnung getragen.

Offenbach am Main, Mai 2026

Reinhard Marx

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 9. Auflage	7
Verzeichnis der Muster	13
Verzeichnis der Schaubilder	15
Abkürzungsverzeichnis	17
Literaturverzeichnis	21
§ 1 Einführung	37
§ 2 Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels und Niederlassungserlaubnis	43
A. Arten der Aufenthaltstitel	45
B. Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels	49
§ 3 Schengen-Visum	188
A. Funktion des Schengen-Visums	188
B. Verpflichtungserklärung (§ 68 Abs. 1 AufenthG)	190
C. Erteilung eines „einheitlichen Visums“ (Art. 24 VK)	192
D. Visum mit beschränkter Gültigkeit (Art. 25 VK)	199
E. Ausnahmervisum an der Grenze (Art. 35 VK)	201
F. Flughafentransitvisum (Art. 26 VK)	201
G. Rechtsschutz (Art. 32 Abs. 3 VK)	202
§ 4 Freizügigkeitsberechtigung	205
A. Funktion der Freizügigkeitsgewährleistung	206
B. Aufenthaltskarte (Art. 10 RL 2004/38/EG; § 10 FreizügG/EU)	208
C. Freizügigkeitsgewährleistung für Arbeitnehmer (Art. 45 Abs. 1 AEUV)	212
D. Freizügigkeitsgewährleistung für Selbständige (Art. 49 Abs. 1 AEUV)	214
E. Freizügigkeitsgewährleistung für Dienstleistungserbringer und -Empfänger (Art. 56 Abs. 1 AEUV)	214
F. Freizügigkeitsgewährleistung für Studierende (Art. 21 Abs. 1 AEUV)	215
G. Rechte von Ehegatten oder nichtehelichen Lebenspartnern und volljährig gewordener Kinder auf einen eigenen Aufenthaltstitel (Art. 15 RL 2003/86/EG)	215
H. Aufenthaltserlaubnis des Elternteils eines minderjährigen Kindes, das Unionsbürger ist, aber nicht die Staatsangehörigkeit des Aufenthaltsstaates besitzt	218

Inhaltsverzeichnis

I.	Daueraufenthalt (§ 4a FreizügG/EU)	219
J.	Unionsbürgerschaft (Art. 20 Abs. 1 AEUV)	222
K.	Rechtsstellung der Kinder eines Unionsbürgers oder diesen rechtlich gleichgestellten Personen	233
L.	Erfordernis ausreichender Existenzmittel	237
M.	Beschränkung des Einreise- und Aufenthaltsrechts aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit (Art. 27 ff. RL 2004/38/EG)	245
N.	Ausweisungsschutz (Art. 27 ff. RL 2004/38/EG, § 6 FreizügG/EU)	250
O.	Durchsetzung der Ausreisepflicht	260
P.	Feststellungsklage (§ 43 VwGO)	262
Q.	Nichtigkeitsklage (Art. 263 Abs. 4 AEUV)	265
§ 5	Arbeitsmigration	267
A.	Fachkräfteeinwanderung und Arbeitsmigration	268
B.	Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit (§ 21 AufenthG) ...	322
C.	Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	341
D.	Türkische Arbeitnehmer (Assoziationsrat Beschluss 1/80)	351
§ 6	Ausbildung (§§ 16 bis 17 AufenthG)	377
A.	Funktion der ausbildungsbezogenen Aufenthaltserlaubnis	378
B.	Aufenthaltserlaubnis zur Suche eines Ausbildungs- oder Studienplatzes (§ 17 AufenthG)	381
C.	Aufenthaltserlaubnis zwecks Berufsausbildung oder beruflicher Weiterbildung	387
D.	Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums	395
E.	Sprachkurs und Schulbesuch (§ 16f AufenthG)	411
F.	Anhang: Ausbildungsduhlung (§ 60c AufenthG)	413
§ 7	Humanitäre Migration und Flüchtlingsrecht	442
A.	Funktion der Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen	444
B.	Rechtsstellung der Asylberechtigten und Flüchtlinge	448
C.	Rechtsstellung der subsidiär Schutzberechtigten	463
D.	Rechtsstellung bei Feststellung eines nationalen Abschiebungsverbotes	476
E.	Aufenthaltsgewährung aufgrund Integration (§§ 25a, 25b AufenthG)	531
F.	Niederlassungserlaubnis	556
G.	Anhang: Kirchenasyl	564

§ 8	Ehe und Familie	568
	A. Funktion der familienbezogenen Aufenthaltserlaubnis	570
	B. Nachzug zu Drittstaatsangehörigen	572
	C. Nachzug zu Deutschen (§ 28 AufenthG)	689
	D. Elternnachzug zum minderjährigen ledigen Kind (§ 33 AufenthG) ..	705
	E. Familienzusammenführung	734
§ 9	Aufenthaltsbeendigung	746
	A. Funktion der Erlöschensgründe	749
	B. Ablauf der Geltungsdauer des Aufenthaltstitels (§ 51 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG)	755
	C. Auflösende Bedingung (§ 51 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG)	762
	D. Rücknahme (§ 51 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG)	764
	E. Widerruf (§ 51 Abs. 1 Nr. 4, § 52 AufenthG)	768
	F. Nicht nur vorübergehende Ausreise (§ 51 Abs. 1 Nr. 6 und 7 AufenthG)	784
	G. Abschiebungsandrohung nach § 59 Abs. 1 S. 1 AufenthG	795
	H. Ausweisungsverfügung nach § 53 ff. AufenthG	796
	I. Vollzug der Abschiebungsandrohung (Rückkehrentscheidung)	984
	J. Rückgängigmachung der Abschiebung	985
§ 10	Abschiebungshaft	989
	A. Funktion der Abschiebungshaft	990
	B. Sicherungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG)	996
	C. Sicherungshaft von Asylantragstellern (§ 14 Abs. 3 AsylG)	1022
	D. Haft zum Zweck der Überstellung (Art. 44 und Art. 45 AMM-Verordnung (EU) 2024/81351)	1025
	E. Minderjährigenschutz (§ 62 Abs. 1 S. 3 AufenthG)	1033
	F. Beendigung der Sicherungshaft	1035
	G. Festnahmerecht der Vollzugsbehörde (§ 62 Abs. 5 AufenthG)	1040
	H. Erzwingungshaft zur Mitwirkung (§ 62 Abs. 6 AufenthG)	1042
	I. Ausreisegewahrsam (§ 62b AufenthG)	1044
	J. Vollzug der Abschiebungshaft (§ 62a AufenthG)	1047
	K. Behördlicher Antrag auf Haftanordnung	1050
	L. Rechtsschutz	1052

Inhaltsverzeichnis

§ 11	Asylverfahren	1065
A.	Zugang der Asylsuchenden zum Unionsgebiet	1071
B.	Völkerrechtliche Verpflichtungen	1077
C.	Zugang zum Unionsgebiet	1085
D.	Verwaltungsverfahren	1092
E.	Verfahren nach Art. 16 bis Art. 54 AMM-Verordnung (EU) 2024/1351	1136
F.	Sachaufklärung und persönliche Anhörung (Art. 34 Verordnung (EU) 2024/1348, § 25 AsylG)	1156
G.	Begriff der Verfolgungshandlung (Art. 9 Verordnung (EU) 2024/1347)	1171
H.	Verfolgungsprognose	1196
I.	Zusammenhangsklausel (Art. 9 Abs. 1 und Abs. 2 und Art. 10 Abs. 1 Verordnung (EU) 2024/1347)	1199
J.	Begriff des Verfolgungsgrunds (Art. 10 Abs. 1 Verordnung (EU) 2024/1347)	1202
K.	Interne Schutzalternative (Art. 8 Verordnung (EU) 2024/1347)	1281
L.	Offensichtlich unbegründeter Antrag auf internationalen Schutz (Art. 39 Abs. 4 iVm Art. 42 Abs. 1 oder Abs. 3 Buchst. a), b) oder c) Verordnung (EU) 2024/1348)	1306
§ 12	Asylprozess	1337
A.	Grundlagen	1338
B.	Berufungszulassungsverfahren	1389
C.	Berufungsverfahren (§ 79 AsylG, §§ 125–130b VwGO)	1403
D.	Eilrechtsschutz im Asylprozess	1405
	Stichwortverzeichnis	1421

§ 1 Einführung

Das Handbuch ist wie folgt gegliedert: § 2 behandelt die Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels, § 3 das Schengen-Visum und § 4 die – unionsrechtliche – Freizügigkeitsberechtigung. In den vorangegangenen Auflagen wurden diese Themen in dem Kapitel „Allgemeines **Aufenthaltsrecht** und **Freizügigkeitsrecht**“ behandelt. Dies erscheint nicht sachgerecht. Ein Visum ist zwar ein Aufenthaltstitel (§ 4 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 AufenthG). Anders als die übrigen in § 4 Abs. 1 S. 2 AufenthG genannten Aufenthaltstitel kann ein Visum aber nur für die Durchreise durch das Schengen-Gebiet, als Flughafentransitvisum oder für eine begrenzte Aufenthaltsdauer (§ 6 Abs. 1 und Abs. 2 AufenthG, Art. 20 SDÜ) erteilt werden. Die Freizügigkeitsberechtigung wird im FreizügG/EU geregelt und ist kein Aufenthaltstitel (vgl. § 11 Abs. 1 FreizügG/EU). Dementsprechend wird beginnend mit dieser Auflage in § 2 die Erteilung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels – einschließlich der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis und Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU –, in § 3 das Schengen-Visum und in § 4 die Freizügigkeitsberechtigung behandelt. In § 5 werden die Voraussetzungen der **Arbeitsmigration**, in § 6 die aufenthaltsrechtliche Zulassung zum **Studium**, in § 7 die **humanitäre Zuwanderung** und das **Flüchtlingsrecht**, in § 8 die **Familienzusammenführung**, in § 9 die **Aufenthaltsbeendigung**, in § 10 die **Abschiebungshaft** und in § 11 das **Asylverfahren** sowie in § 12 der Asylprozess behandelt. § 9, der in den Voraufgaben sowohl das asylrechtliche Verwaltungsverfahren als auch den Asylprozess behandelte, wird in zwei selbstständige Kapitel aufgeteilt. Insbesondere hinsichtlich des Asylverfahrens sind durch das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) erhebliche strukturelle Neugliederungen der einzelnen Rechtsakte in Kraft getreten. Diese betreffen insbesondere die Verfahrensverordnung (EU) 2024/1348. Bis auf die Aufnahmeberichtlinie (EU) sind alle früheren Richtlinien zu Verordnungen hochgezont worden. Zwar sind die Rechtsakte bereits in Kraft getreten. Die AMM-Verordnung (EU) 2024/1351, welche in den Art. 16 bis 50 das bisherige Verfahren nach der Verordnung (EU) 604/2013 (Dublin-Verfahren) regelt, trat am 11. Juni 2024 (Art. 85 Abs. 1 der Verordnung), die Qualifikationsverordnung (EU) 2024/1347 am 14. Mai 2024 (Art. 42 Abs. 1 der Verordnung) und die Verfahrensverordnung (EU) 2024/1348 am 11. Juni 2024 (Art. 79 Abs. 1 der Verordnung) in Kraft. Die Aufnahmeberichtlinie 2024/1346/EU ist binnen zwei Jahren bis spätestens zum 12. Juni 2026 umzusetzen (Art. 35 Abs. 1 RL 2024/1346/EU). Mit dem Inkrafttreten sind die Verordnungen noch nicht unmittelbar anwendbar. Vielmehr gelten die Neuregelungen des früheren Dublin-Verfahrens ab dem 1. Juli 2026 (Art. 85 Abs. 2 AMM-Verordnung (EU) 2024/1351), die Qualifikationsverordnung (EU) 2024/1347 ebenfalls ab dem 1. Juli 2026 (Art. 42 Abs. 2 Verordnung (EU) 2024/1347) sowie die Verfahrensverordnung (EU) 2024/1348 ab dem 12. Juni 2026 (Art. 79 Abs. 2 Verordnung (EU) 2024/1348).

Die humanitäre Zuwanderung ist im weiten Sinne zu verstehen und behandelt die in §§ 22–26 AufenthG enthaltenen Regelungen. In diesen Bestimmungen und weiteren Gesetzen außerhalb des AufenthG wird das Flüchtlingsrecht geregelt. Daher wird es sinnvollerweise auch im Rahmen der humanitären Zuwanderung erörtert. Wegen der engen Sachnähe wird in diesem Zusammenhang auch die Familienzusammenführung zu Flüchtlingen, subsidiär Schutzberechtigten und anderen aus humanitären Gründen

1 § 1 Einführung

verbleibsberechtigten Personen behandelt. Ebenso werden im 7. Abschnitt das Kirchenasyl und die Rechtsstellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge behandelt. Das Flüchtlingsrecht unterscheidet sich vom Asylrecht dadurch, dass es sich auf die Regelung der Rechtsstellung beschränkt. Demgegenüber werden das asylrechtliche Feststellungsverfahren und die insoweit erheblichen materiellen Ansprüche im Rahmen des Asylverfahrens (§ 11) erörtert. In § 12, der den asylrechtlichen Prozess erläutert, wird u.a. auch die Gehörsrüge erörtert. In den Abschnitten 5 und 6 wird das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** dargestellt.

- 3 Traditionell ist das Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht eine gesellschaftlich und politisch heftig umstrittene Rechtsmaterie und hat insbesondere in den letzten Jahren zum früher nicht für denkbar erachteten Aufstieg rechtspopulistischer bis völkisch-faschistischer Parteien nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Mitgliedstaaten geführt. Dies hat Auswirkungen auf die anwaltliche Beratungs- und Vertretungspraxis. Die Ausländerpolitik war früher weder in ihren Grundzügen noch in ihren mittel- und langfristigen Zielvorstellungen hinreichend geklärt und konnte deshalb allzu leicht zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden, wie die beiden populistischen Kampagnen der CDU im hessischen Landtagswahlkampf im Februar 1999 und im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2000 deutlich gemacht hatten. Für eine solide und realitätsgerechte Beratungspraxis sollten sich Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte dieses politischen Hintergrundes stets bewusst sein, um vernünftiger begründete und strategisch durchdachte Konzeptionen in ihrer täglichen Beratungs- und Vertretungspraxis entwickeln zu können. Eine plausible Vermittlung der angedachten Konzeptionen gegenüber Mandanten ist dabei nur begrenzt möglich, weil einerseits deren Vorstellungen und Wünsche häufig mit den begrenzten Möglichkeiten des Aufenthalts- und Flüchtlingsrechts nicht in Übereinstimmung gebracht werden können und andererseits die Komplexität und Unübersichtlichkeit dieser Rechtsmaterie nicht nur der Einsichtsfähigkeit des ausländischen Betrachters Grenzen setzt. Das notwendige Vertrauen in die anwaltliche Urteilsfähigkeit ist deshalb eine unabdingbare Voraussetzung für die Übernahme eines Mandates begründet zugleich aber auch eine besonders große Verantwortung für Anwälte.
- 4 Verlässliche und systematische Kenntnisse der strukturellen Grundzüge und der Systematik des Aufenthaltsrechts sind für eine verantwortliche anwaltliche Tätigkeit eine zentrale Grundvoraussetzung. Das erscheint als Binsenweisheit, die für alle Rechtsgebiete gilt. Indes sind die im komplexen und unübersichtlichen Aufenthaltsrecht steckenden Fehlerquellen besonders hoch. Die Technik der Mehrfachverweisungen wird gerade im Aufenthaltsrecht häufig angewendet und macht die Materie so unübersichtlich und fehleranfällig. Darüber hinaus müssen der Gesamtzusammenhang der Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes sowie ferner auch dessen Verflechtungen mit anderen nationalen Gesetzen und Verordnungen sowie schließlich der zunehmend wachsende Einfluss des Unionsrechts auf das nationale Aufenthaltsrecht bedacht werden. Um Fehler in der anwaltlichen Tätigkeit nach Möglichkeit auszuschließen, ist deshalb eine systematische Herangehensweise angezeigt. Dadurch wird sichergestellt, dass die wesentlichen Fragen im konkreten Einzelfall in das Prüfungsraster einbezogen werden. Die nachfolgenden Erläuterungen bauen auf diesen strategischen Überlegungen auf: Weil die Fehlerquellen

so hoch sind, wird in § 2 bei der Darstellung der allgemeinen Voraussetzungen des Aufenthaltsrechts durch systematisch angelegte Darstellungen versucht, ein Prüfungsmuster zu entwickeln, das die Fehlerquellen minimieren soll. Jeder Rechtsanspruch und Ermessenstatbestand ist in seinen Entstehungsbedingungen und im Blick auf die Voraussetzungen seines Fortbestandes systematisch durchzumustern. Das Aufenthaltsrecht ist formal sehr strikt aufgebaut und verzeiht grundsätzlich keinen Fehler. Anwaltliche Fehler können oft soziale Existenzen vernichten. Fehler können minimiert werden, wenn formale Voraussetzungen für die Entstehung und den Fortbestand einer aufenthaltsrechtlichen Rechtsposition beachtet werden. Ein wesentlicher methodischer Schwerpunkt der Erläuterungen in dieser Publikation liegt daher auf einer systematischen und strengen methodischen Herangehensweise an die jeweiligen Rechtsfragen. Dem dienen insbes. auch die Schaubilder. Diese sollen sicherstellen, dass Fehlerquellen minimiert, erfolglose Prozesse vermieden und Mandanten Klarheit verschafft wird.

Das Aufenthaltsrecht findet seinen Niederschlag nicht nur im AufenthG, sondern darüber hinaus auch in einer Vielzahl von weiteren Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, ministeriellen Anwendungshinweisen und Erlassen insbes. der Bundesländer. Hinzu kommt das sekundäre, aber auch primäre Unionsrecht, das nicht nur den Freizügigkeitsstatus der Unionsbürger und ihnen rechtlich gleichgestellter Personen, sondern auch weitgehend den aufenthaltsrechtlichen Status der Drittstaatsangehörigen regelt. Zusätzlich ist die Kenntnis der europäischen, höchstrichterlichen, obergerichtlichen und erstinstanzlichen Rechtsprechung zum Aufenthalts- und Flüchtlingsrecht erforderlich, um die Erfolgsaussichten eines Mandats beurteilen zu können. Die den konkreten Einzelfall jeweils steuernden ermessenslenkenden Verwaltungsanweisungen werden zumeist nicht veröffentlicht. Es besteht aber nach der Rechtsprechung des BVerwG ein rechtsstaatliches Publikationsgebot für Ausführungsbestimmungen der Verwaltung mit Außenwirkung. Dies betrifft verwaltungsinterne Anweisungen, die Rechtsnormen konkretisieren und damit dem Bürger gegenüber Form und Maß der von ihnen beanspruchten Leistungen¹ oder der sie betreffenden Eingriffe bestimmen. Die Vielzahl der erlassrechtlichen Bestimmungen der Bundesländer zur Anwendung des AufenthG haben Außenwirkung und unterliegen daher der Veröffentlichungspflicht.² Fehlt es an der Außenwirkung, haben jedenfalls die Verfahrensbeteiligten Anspruch darauf, dass ihnen die im konkreten Einzelfall maßgeblichen internen Erlasse zugänglich gemacht werden.³ Es besteht andererseits aber weder eine Bindung der Verwaltungsgerichte an normeninterpretierende Verwaltungsvorschriften, die sich lediglich an die konkret zuständigen Verwaltungsträger richten, noch unterliegen derartige Vorschriften als solche der Auslegung und Anwendung durch die Verwaltungsgerichte. Für die rechtliche Beurteilung ist dabei nicht ausschlaggebend, ob die Verwaltung gegenüber dem Rechtssuchenden so verfährt, wie es die Verwaltungsvorschriften nach ihrem Inhalt verlangen, sondern ob sie in einem durch diese Vorschriften geregelten

1 BVerwGE 122, 264 (269) = NVwZ 2005, 602; BVerwG Urt. v. 25.11.2004 – BVerwG CN 2.03.

2 S. aber Ergebnisniederschrift des NRW-Innenministeriums vom 9.3.1998 in InfAuslR 2000, 346.

3 BVerwG NVwZ 2005, 602 (604), mit Hinweis auf BVerwGE 104, 220 (224 ff.) = NVwZ 1998, 273.

1 § 1 Einführung

Fall ihr Ermessen ohne sachgerechten Grund anders ausübt als sonst und dadurch das Gleichbehandlungsgebot verletzt.⁴

- 6 Das Ausländerrecht erfordert häufig sorgfältige Recherchen der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Zwar sind im Asylrecht die Darlegungsanforderungen noch weitaus intensiver als im Aufenthaltsrecht. Aber auch im Aufenthaltsrecht darf sich die Anwältin bzw. der Anwalt nicht auf die bloßen Behauptungen der/des Mandantin/Mandanten verlassen, sondern muss es – in deren Interesse – kritisch hinterfragen. Der Anwalt darf sich nicht auf die schützende Funktion gegenüber seinen Mandanten beschränken, sondern muss – vorausschauend – mit den Augen der Behörde oder des Richters den ihm zur Prüfung gestellten Sachverhalt durchdringen, rechtlich systematisieren und bewerten. Insbes. bei den unbestimmten Rechtsbegriffen des Aufenthaltsrechts, wie etwa den besonderen und außergewöhnlichen Härtefällen und dem atypischen Ausnahmegeschehen, ist ein erhöhter Umfang an Darlegungsaufwand angezeigt. Das betrifft auch die unabdingbare Aufklärung, wenn von der Behörde der Vorwurf der „Scheinehe“ oder sonstige Zweifel am Bestehen einer familiären Lebensgemeinschaft erhoben werden. Die/der Rechtsanwältin/Rechtsanwalt stößt nicht auf Gegenliebe bei den Mandanten, wenn bestimmte Fragen nicht offengelassen, sondern kritisch ermittelt werden. Auch wird die Berechtigung für die vielen Fragen von den Mandantinnen/Mandanten regelmäßig nicht verstanden oder infrage gestellt. Wenn ihnen indes der Zweck der anwaltlichen Aufklärungsarbeit plausibel gemacht wird, sind sie – nach den eigenen jahrzehntelangen Erfahrungen in der anwaltlichen Beratungspraxis – auch bereit, bei der Aufklärung mitzuwirken und zollen der/dem kritisch hinterfragenden Anwältin/Anwalt auch die entsprechende Anerkennung.
- 7 **Asyl- und Aufenthaltsrecht** sind zwar **eng miteinander verzahnt**, wie insbes. auch die Erläuterungen im Rahmen der humanitären Zuwanderung verdeutlichen. Gleichwohl unterscheidet sich das asylrechtliche Mandat in seinen Voraussetzungen, seinem Ziel und den Begleitumständen deutlich vom aufenthaltsrechtlichen Mandat. Während beim aufenthaltsrechtlichen Mandat strenge formale gesetzliche Strukturen zu beachten sind, geht es beim asylrechtlichen Mandat weniger um die Entstehung und Verfestigung aufenthaltsrechtlicher Positionen, sondern zuallererst um **präzise, umfassende Recherchen**, um den **Anspruch des Verfolgten auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder Gewährung des subsidiären Schutzstatus** sicherstellen zu können. Am Anfang des Mandates stehen deshalb keine aufenthaltsrechtlichen Fragen im Vordergrund, sondern vorrangig asylverfahrensrechtliche Besonderheiten. Erst nach der unanfechtbaren Ablehnung des Asylbegehrens oder im Falle von beschleunigten Verfahren nach der Unanfechtbarkeit der Eilrechtsschutzentscheidung greifen asylverfahrens- und aufenthaltsrechtliche Regelungen in vielfältiger Weise ineinander über. Die Sicherstellung des Rechtsschutzes ist deshalb im Asylverfahrensrecht mit erheblichen Komplikationen verbunden.
- 8 Zwar hat der Gesetzgeber zur Sicherstellung des vorläufigen Bleiberechts von Asylsuchenden – anders als im allgemeinen Aufenthaltsrecht und Verwaltungsprozessrecht – eine Reihe von verfahrensrechtlichen Schutzpositionen geregelt. Die Sicherstellung

4 OVG Bautzen Beschl. v. 10.6.2002 – 3 BS 214/02.

von Eilrechtsschutz ist indes durch sehr kurze Rechtsmittel- und Begründungsfristen geprägt. Auch bewirken die verschiedenen materiellen Schutzpositionen, dass das Verfahrensrecht sehr häufig kompliziert gestaltet ist. Den Kernbereich des asylrechtlichen Mandates stellt der **Glaubwürdigkeitstest** dar. Im Grunde genommen geht es aber um einen **Glaubhaftigkeitstest**, nämlich um eine nüchterne Einschätzung der Stimmigkeit, Widerspruchsfreiheit, Konkretheit und Erlebnisfundiertheit der Angaben der Mandanten („Undeutsch-Kriterien“). Da das Asylverfahren häufig auch ein „Ort des verdichteten Misstrauens“ ist, beeinflussen indes metajuristische Faktoren, insbes. das persönliche Verhalten des Asylsuchenden, die Prüfung der Asylgründe. Der Glaubwürdigkeitstest überlagert damit den Glaubhaftigkeitstest. Der Glaubwürdigkeitstest gestaltet sich häufig schwierig. Widersprüche im Sachvorbringen werden in der gerichtlichen Praxis nicht selten zunächst in den Randbereichen aufgespürt, so dass von dieser Basis aus die Kernaussagen der Verfolgungsbehauptungen im widersprüchlichen Lichte erscheinen können. Die/der Anwältin/Anwalt sollte bedenken, dass die richterliche Beweiswürdigung nicht rügefähig ist, wohl aber Fehler bei der Tatsachenermittlung und hierauf ihre/seine Prozessstrategie einstellen.

Der beratende Anwalt oder die beratende Rechtsanwältin muss diese soziokulturellen Voraussetzungen der Praxis der asylrechtlichen Tatsachenfeststellungen kennen und die/den Mandantin/Mandanten entsprechend prüfen und vorbereiten. Sie/er muss deshalb vorausschauend mit den Augen der Behörde und des Richters Schlüssigkeit, Stimmigkeit und Dichte des Verfolgungsvortrags (Rn. 8) prüfen, um der/dem Mandantin/Mandanten eine ehrliche und solide Auskunft geben zu können. Hinzu kommen **strafrechtliche Risiken** für die Anwälte. Mandanten meinen häufig oder wurden entsprechend durch Landsleute beraten, dass sie ihre Fluchtgründe aufbessern müssen, um Erfolg zu haben. Darüber hinaus können asylrechtliche Ausschlussgründe, die an die Zugehörigkeit zu bestimmten als terroristisch eingeschätzten Organisationen anknüpfen, den Anwalt oder die Anwältin in Schwierigkeiten bringen. Zunächst ist kritisch der Sachverhalt auf diese Fragen zu durchdringen und sind Mandanten über die Folgen zu belehren, die ihr konstruiertes Sachvorbringen, aber auch ihr Hinweis auf bestimmte Organisationsverbindungen auslösen kann. Niemals darf der Anwalt oder die Anwältin sich selbst aktiv an der Darstellung bestimmter Sachverhaltsschilderungen beteiligen. Damit macht er sich unter Umständen strafbar (§ 84 AsylG). Der Vortrag des Sachverhalts ist **allein** die Aufgabe der Mandanten. 9

Die anwaltliche Kunst besteht darin, die Darstellung der Mandanten auf Schlüssigkeit, Stringenz und rechtliche Folgen zu überprüfen, ohne sich in den aktiven Erzählprozess hineinziehen zu lassen, sondern die Mandanten darüber zu informieren, welche Rechtsfolgen die Darstellung bestimmter Sachverhaltalternativen haben kann. Empfehlenswert ist zum eigenen Schutz das Anfertigen von Aktenvermerken und/oder schriftlichen Klarstellungen gegenüber den Mandanten. Dabei ist allerdings Vorsicht angebracht. Breitet die/der Anwältin/Anwalt etwa gegenüber ihrem/seinem Mandanten schriftlich fall- und sachbezogen ihre/seine Zweifel an der Glaubhaftigkeit bestimmter Sachverhaltsschilderungen aus, muss sie/er damit rechnen, dass derartige Klarstellungen durch unbedarfte Mandanten der Behörde übergeben werden und zur Asylakte gelangen. Es ist deshalb das vorrangige Ziel des asylrechtlichen Teils dieser Publikation, 10

1 § 1 Einführung

für eine effektive Verfahrensgestaltung zunächst im Verwaltungsverfahren und anschließend im Rechtsschutzverfahren die notwendigen Grundkenntnisse zu vermitteln. Da der Glaubwürdigkeitstest bzw. Glaubhaftigkeitstest im Zentrum des asylrechtlichen Mandates steht, kommt der Darlegung der Verfolgungshandlungen und -gründe im Asylverfahren und insbes. dem Beweisantrags- sowie dem Zulassungsrecht für den Asylprozess eine besondere Bedeutung zu.

§ 2 Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels und Niederlassungserlaubnis

A. Arten der Aufenthaltstitel	1
B. Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels	10
I. Funktion des Prüfungsschemas	12
II. Erlaubnisfreier oder genehmigungsbedürftiger Aufenthalt	14
1. Funktion dieser Voraussetzung	14
2. Erlaubnisfreier Aufenthalt	15
3. Genehmigungsbefürhtiger Aufenthalt	20
III. Zeitpunkt des Antrags und der Behördenentscheidung	23
1. Funktion dieser Voraussetzung	23
2. Gegenstandsbereich des Aufenthaltstitels	24
a) Funktion des Aufenthaltszwecks	24
b) Zweckwechsel	27
c) Antragsbedürftigkeit des Verwaltungsverfahrens	28
3. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	31
a) Funktion der Erteilungsvoraussetzungen	31
b) Sicherung des Lebensunterhalts (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 iVm § 2 Abs. 3 AufenthG)	37
aa) Funktion der Erteilungsvoraussetzung	37
bb) Bedarfsgemeinschaft (§ 9 Abs. 1 und 2 iVm § 7 Abs. 3 SGB II)	41
cc) Berechnung der Höhe des Lebensunterhalts (§ 2 Abs. 3 AufenthG)	44
dd) Atypischer Ausnahmefall	54
4. Geklärte Identität und Staatsangehörigkeit (§ 5 Abs. 1 Nr. 1a AufenthG)	59
5. Ausweisungsinteresse (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	63
6. Interessen der Bundesrepublik (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG)	74
7. Passpflicht: Funktion/Begriff/Ausnahmen (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG)	78
a) Funktion der Passpflicht	78
b) Begriff des Passes	82
c) Ausnahmen von der Passpflicht	85
8. Erteilungsvoraussetzung nach § 5 Abs. 2 S. 1 AufenthG	90
a) Funktion der Erteilungsvoraussetzung	90
b) Persönliche Antragstellung	93
c) Voraussetzungen des Erteilungsgrundes	95
d) Zulässigkeit der Antragstellung nach der Einreise (§§ 39 bis 41 AufenthV)	99
e) Ausnahmen nach § 5 Abs. 2 S. 2 AufenthG	107
aa) Funktion der Vorschrift	107
bb) Anspruch auf Erteilung des Aufenthaltstitels (§ 5 Abs. 2 S. 2 Alt. 1 AufenthG)	108
cc) Zumutbarkeitsklausel (§ 5 Abs. 2 S. 2 Alt. 2 AufenthG)	109
dd) Ermessensausübung	112
9. Ausnahmen nach § 5 Abs. 3 AufenthG	119
10. Versagungsgrund nach § 5 Abs. 4 AufenthG	123
11. Sperrwirkung des Asylverfahrens (§ 10 AufenthG)	127
a) Funktion der Titelerteilungssperre	127
b) Erteilung und Verlängerung eines Aufenthaltstitels (§ 10 Abs. 1 und 2 AufenthG)	128
c) Sperrwirkung des abgelehnten Asylantrags (§ 10 Abs. 3 AufenthG)	131
aa) Funktion der Titelerteilungssperre	131
bb) Reichweite der Titelerteilungssperre nach § 10 Abs. 3 S. 2 AufenthG	133
cc) Ausnahmen von der Titelerteilungssperre (§ 10 Abs. 3 S. 3 AufenthG)	136
12. Sperrwirkung der Ausweisung und Abschiebung (§ 11 Abs. 1 AufenthG)	138

2 § 2 Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels und Niederlassungserlaubnis

13. Verlängerung des Aufenthaltstitels	140
a) Fortbestand der Erteilungsvoraussetzungen (§ 8 Abs. 1 AufenthG)	140
b) Materielle Kriterien für die Verlängerungsentscheidung	143
c) Verletzung der Pflicht zur Teilnahme am Integrationskurs (§ 8 Abs. 3 AufenthG)	144
d) Ausnahmen vom Erfordernis der Erteilungsvoraussetzungen	147
e) Ausschluss der Verlängerung (§ 8 Abs. 2 AufenthG)	150
f) Geltungsdauer des Aufenthaltstitels	154
IV. Niederlassungserlaubnis (§ 9 AufenthG)	157
1. Funktion der Niederlassungserlaubnis	157
2. Erteilungsvoraussetzungen (§ 9 Abs. 2 bis 4 AufenthG)	161
a) Verhältnis der Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG zu speziellen Regelungen	161
b) Besitz der Aufenthaltserlaubnis seit fünf Jahren (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 AufenthG)	162
c) Sicherung des Lebensunterhalts (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 iVm § 2 Abs. 3 AufenthG)	170
d) Kein Ausweisungsinteresse (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	171
e) Altersvorsorge (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 AufenthG)	172
f) Straffällige Antragsteller (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 AufenthG)	177
g) Ordnungsgemäße Beschäftigung (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 5 AufenthG)	179
h) Sonstige Berufsausübungserlaubnisse (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 6 AufenthG)	180
i) Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 7 AufenthG)	182
j) Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 8 AufenthG)	185
k) Wohnraumerfordernis (§ 9 Abs. 2 S. 1 Nr. 9 iVm § 2 Abs. 4 AufenthG)	186
V. Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§ 9a AufenthG)	187
1. Funktion der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten	187
2. Erteilungsvoraussetzungen	191
a) Allgemeine Grundsätze	191
b) Fünfjähriger Aufenthalt im Bundesgebiet mit Aufenthaltstitel (§ 9a Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 AufenthG)	193
c) Sicherung des Lebensunterhalts (§ 9a Abs. 2 Nr. 2 AufenthG)	197
d) Erfordernis der Altersvorsorge (§ 9c S. 1 Nr. 2 AufenthG)	200
e) Integrationsvoraussetzungen (§ 9a Abs. 1 Nr. 3 und 4 AufenthG)	202
f) Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung (§ 9a Abs. 2 S. 1 Nr. 5 AufenthG) ...	203
g) Ausreichender Wohnraum (§ 9a Abs. 2 S. 1 Nr. 6 AufenthG)	205
3. Ausschlussgründe (§ 9a Abs. 3 AufenthG)	206
a) Funktion der Ausschlussgründe	206
b) Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§ 9a Abs. 3 Nr. 1 AufenthG)	209
c) Asylantragsteller	210
d) Personen mit Konsular- oder diplomatischem Status (§ 9a Abs. 3 Nr. 3 AufenthG)	211
e) Studenten und Auszubildende (§ 9a Abs. 3 Nr. 4 AufenthG)	212
f) Aufenthalt zu einem vorübergehenden Zweck (§ 9a Abs. 3 Nr. 5 AufenthG)	214
4. Inhalt der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU (§ 9a Abs. 1 AufenthG)	218
a) Umfang der Rechtsstellung	218
b) Rechtscharakter der Rechtsstellung	221
5. Verlust der Rechtsstellung eines langfristig Aufenthaltsberechtigten (Art. 9 RL 2003/109/EG)	223
6. Aufenthaltserlaubnis für langfristig Aufenthaltsberechtigte aus anderen Mitgliedstaaten (§ 38a AufenthG)	226
VI. Verwaltungsverfahren	230
1. Funktion des Verwaltungsverfahrens	230
2. Behördliche Zuständigkeit	231
a) Allgemeine Grundsätze	231
b) Vorabzustimmung (§ 31 Abs. 3 AufenthV)	237

3. Löschung des Vermerks Einreisebedenken (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG iVm Nr. 18 der Anlage zur AZRG-DV)	240
4. Antragsröfordernis und Mitwirkungspflichten	243
5. Verfahrensrechte	246
6. Antragsrücknahme	249
7. Behördliche Sachentscheidung	250
8. Vollzug der Sachentscheidung	251
VII. Rechtsschutz	254
1. Hauptsacheverfahren	254
2. Eilrechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO	255
a) Funktion des Eilrechtsschutzes	255
b) Fiktionswirkung nach § 81 Abs. 3 AufenthG	258
c) Fortgeltungsfiktion nach § 81 Abs. 4 AufenthG	265
d) Form des Eilrechtsschutzantrags (§ 80 Abs. 5 VwGO)	275
e) Unionsrechtliche „Stillhalteusage“ (Art. 13 RL 2008/115/EG)	279
f) Antrag auf Erlass eines Hängebeschlusses	281
g) Begründetheit des Eilrechtsschutzantrags	284
h) Wirkung des Beschlusses	287
i) Abänderungsantrag	289

A. Arten der Aufenthaltstitel

§ 4 Abs. 1 S. 2 AufenthG zählt abschließend die Aufenthaltstitel auf: **Visum** (§ 6 1 AufenthG), **Aufenthaltserlaubnis** (§ 7 AufenthG), Blaue Karte EU (§ 19a), **Niederlassungserlaubnis** (§ 9 AufenthG) und **Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU** (§ 9a AufenthG). Die einzelnen materiellen Voraussetzungen, unter denen ein Aufenthaltstitel erteilt werden kann, werden in §§ 3 bis 6 dieses Werkes dargestellt. Der materiellen Prüfung voran geht jedoch stets zunächst die formelle Prüfung. Jemand kann einen materiellen Anspruch haben, kann diesen aber unter Umständen nicht durchsetzen, weil die Regelerteilungsgründe (§ 5 AufenthG) nicht vorliegen. Illustrativ hierfür sind etwa die Vorschriften gegen die Umgehung der Einreisevorschriften, die allerdings nach §§ 39 ff. AufenthV und § 5 Abs. 2 S. 2 AufenthG geheilt werden können. Ferner sind besondere Versagungsgründe, wie die Ein- und Aufenthaltsverbote, Zurückschiebung und Abschiebung (§ 11 Abs. 1 S. 1, Abs. 4 und Abs. 7, § 75 Nr. 12 AufenthG) sowie die Titelerteilungssperren des § 10 Abs. 3 S. 1 und S. 2 AufenthG zu beachten. Solange die Einreise- und Aufenthaltsverbote nicht befristet (§ 11 Abs. 4 AufenthG) worden sind, ist die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis auch dann gesperrt (§ 11 Abs. 1 S. 2 AufenthG), wenn ein Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis besteht. Die Titelerteilungssperre nach § 10 Abs. 3 S. 2 AufenthG kann vor der Ausreise nicht aufgehoben werden. Wurde ein Asylantrag nicht nach § 30 Abs. 3 Nr. 1 bis 6 AsylG abgelehnt, darf nur ein humanitärer Aufenthaltstitel erteilt werden (§ 10 Abs. 3 S. 1 AufenthG). Deshalb ist stets eine sehr sorgfältige und präzise Prüfung der formellen Erteilungsvoraussetzungen geboten.

Das AufenthG unterscheidet in **Rechtsansprüche** auf Erteilung eines Aufenthaltstitels 2 (zB §§ 24 Abs. 1, 25 Abs. 1 und 2, 26 Abs. 3, 28 Abs. 1 S. 1, 30 Abs. 1, 31 Abs. 1, 32 Abs. 1 und 2, 33 S. 2, 35, 36 Abs. 1, 37 Abs. 1, 38 Abs. 1 AufenthG), in **Regel- oder Sollansprüche** (zB §§ 25 Abs. 3 S. 1, 25 Abs. 5 S. 2, 28 Abs. 2 S. 1, 32 Abs. 3 AufenthG)

2 § 2 Erteilung und Verlängerung des Aufenthaltstitels und Niederlassungserlaubnis

und **Ermessenstatbestände**. Ein Anspruch liegt vor, wenn die Ausländerbehörde nach einer Rechtsvorschrift eine gebundene Entscheidung zu treffen hat. In diesem Fall werden nach der auf die Regelerteilungs- und Versagungsgründe bezogenen formellen Prüfung lediglich die anspruchsbegründenden Voraussetzungen der Rechtsvorschrift geprüft und findet gegebenenfalls eine volle inhaltliche und rechtliche Kontrolle durch das Verwaltungsgericht statt. Nach überwiegender Auffassung liegt ein Anspruch auch dann vor, wenn das Gesetz einen Regelantrag festlegt (s. aber → Rn. 3). Auch in diesem Fall ist „im Regelfall“ eine gebundene Entscheidung zu treffen, ohne dass Raum für eine Ermessensausübung besteht. Die Beurteilung, ob ein Regel- oder Ausnahmefall vorliegt, obliegt der Ausländerbehörde und unterliegt der uneingeschränkten verwaltungsgerichtlichen Kontrolle. Diese Grundsätze gelten auch für den Sollanspruch. Auch in diesem Fall ist im Regelfall so zu verfahren, wie es das Gesetz bestimmt. Ob im atypischen Ausnahmefall im Anwendungsbereich der Norm und auf ihren Inhalt bezogen automatisch Ermessen auszuüben ist, ergibt sich jeweils aus dem materiellen Recht und der Systematik des Gesetzes. Bei dieser Beurteilung handelt es sich um die Auslegung einer Sollnorm. So wird etwa in den Nachzugsfällen, in denen ein gesetzlicher Anspruch vorliegt und zugleich eine atypische Fallkonstellation im Blick auf die Regelerteilungsvoraussetzungen nach § 5 Abs. 1 AufenthG glaubhaft gemacht wird, nicht nach Ermessen entschieden. Vielmehr bleibt der Rechtsanspruch bestehen. Wird hingegen nach § 5 Abs. 2 S. 2 oder Abs. 3 S. 2 AufenthG **Abweichungsermessen** ausgeübt, entfällt zwar nicht die Ermächtigungsgrundlage für die Erteilung des Aufenthaltstitels. Ein gesetzlicher Anspruch liegt in diesem Fall indes nicht mehr vor. Ebenso verhält es sich beim **Versagungsermessen** (§ 27 Abs. 3 AufenthG). Bei den Regel- oder Sollansprüchen bleibt es beim Vorliegen eines atypischen Ausnahmegeschehens grundsätzlich bei der Versagung des Aufenthaltstitels. Gleichwohl eröffnen diese Vorschriften ein **Restermessen**, wenn ein atypischer Fall vorliegt.¹

- 3 Die Mehrzahl der Erteilungsgründe des AufenthG sind als **Ermessensnormen** ausgestaltet (vgl. zB §§ 16 bis 21 AufenthG). Hier hat die Ausländerbehörde zunächst die tatbestandlichen Voraussetzungen der Ermessensnorm zu ermitteln und anschließend im Rahmen der Ermessensausübung die maßgebenden öffentlichen und individuellen Belange und Interessen festzustellen, ihr Gewicht zu bestimmen und gegeneinander abzuwägen. Die gerichtliche Kontrolle ist auf Ermessensfehler (§ 114 VwGO), also Ermessensmangel, -fehlgebrauch oder -überschreitung, sowie auf die Überprüfung der tatsächlichen Voraussetzungen der Ermessensnorm beschränkt. Eine **Ermessensreduzierung** (auf null) ist nicht mit einem gesetzlichen Anspruch identisch. Nach ständiger Rechtsprechung des BVerwG muss ein von einer gesetzlichen Vorschrift vorausgesetzter Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels ein **striktter Rechtsanspruch** sein, der sich unmittelbar aus dem Gesetz ergibt. Ein Anspruch aufgrund einer Ermessensvorschrift genügt auch dann nicht, wenn das Ermessen im Einzelfall „auf null“ reduziert ist.²

1 Welte InfAuslR 2006, 50 (51f.).

2 BVerwGE 132, 382 (388) = NVwZ 2009, 789 = InfAuslR 2009, 224 = AuAS 2009, 89.

Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen (Beitrag), die mageren auf die Randnummer.

- Abänderungsantrag 2 289 f., **9** 280, 297
 - Sach- oder Beweislage, veränderte **9** 298
- Abänderungsverfahren, selbstständiges Eilrechtsschutzverfahren 2 289
- Abduaziz **8** 88
- Abendkurs **6** 26, 70
- Abendschule **7** 201
- Abendstudium **6** 39, 59
- Abgabegesetz 2 198
- Abgeleitetes Aufenthaltsrecht **4** 17, 46, 60
 - Drittstaatsangehöriger **4** 22
- Abhängige Person **11** 202 ff.
- Abhängigkeit, affektive **4** 43
- Abhängigkeitsverhältnis **4** 39, 41, 44, 46, 48
- Abitur **7** 201
- Abkommen **5** 59
- Ablehnung, qualifizierte **11** 535
- Ablehnungsgrund **6** 68
- Abmeldung, melderechtliche **8** 35
- Abschiebetermin **6** 107
- Abschiebung 2 138, **9** 1, 84, 304, **11** 23, 410, 420, 485
 - Absehen von der Fristsetzung **9** 346
 - Androhung **9** 345
 - Androhung unter Fristsetzung **9** 346
 - begleitete **9** 266
 - Eilrechtsschutz **9** 316
 - Gefahr für die öffentliche Ordnung **9** 346
 - gescheiterte **10** 76
 - Iran **11** 367
 - Kosten **9** 306
 - Rechtswidrigkeit der Aufenthaltsbeendigung **9** 444
 - Rückgängigmachung **9** 444
 - Rückkehrentscheidung, keine **9** 306
 - Sperrwirkung, unwirksame **9** 444
 - Staatsanwaltschaft, Zustimmung der **10** 77
 - Überwachungsbedürftigkeit der Ausreise **9** 345
 - Unmöglichkeit aus tatsächlichen Gründen **9** 363
 - Vollzugshaft **9** 346
 - Voraussetzungen **9** 345
 - zum Flughafen **9** 350
- Abschiebungsandrohung 2 249, 291, **4** 112, **7** 158, **9** 1, 8, 14, 85 ff., 299, 308, 442 f.
 - Abschiebungsverbot **9** 348
 - Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG **9** 348
 - Flüchtlingsstatus **9** 348
 - Fortbestand beim Vollzug **9** 346
 - subsidiärer Schutzstatus **9** 348
 - Verbrauch bei freiwilliger Ausreise **9** 346
 - Warnfunktion **9** 1 f.
- Abschiebungsanordnung **9** 1, 105, 300, **10** 60, **12** 11
 - nach § 34a Abs. 1 AsylG **9** 299
 - Verhältnismäßigkeitsgrundsatz **10** 54
- Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG **9** 318
- Abschiebungsentscheidung **11** 29
- Abschiebungshaft 2 253, **10** 1 ff., 15, 30, 35 f., 44, 47, 56, 71, 91 ff., 98, 100, **11** 68 f.
 - Abschiebung gescheiterte **10** 76
 - Abschiebungsandrohung, fehlende **10** 8
 - Abschiebungstermin, Nichterscheinen zum **10** 25 f.
 - Anordnung **10** 6
 - Asylantrag bei der Polizei **10** 55
 - Asylantragsstellung **10** 50
 - Asylbewerber, erfolgloser **10** 25 f.
 - Asylsuchender **10** 20, 50, 55

- Ausländerbehörde 10 95 f.
- Ausländerbehörde, Beiziehung der Akte der 10 97
- Ausschöpfen rechtlicher Möglichkeiten 10 31 f.
- Beendigungsgründe 10 72
- Begründungspflicht, Verstoß gegen 10 95
- Belehrung 10 45
- Belehrungspflicht 10 29
- Belehrung über Haft bei Nichterscheinen 10 27
- Beschleunigungsgebot 10 67, 69, 72
- Betretensrecht von Hilfsorganisationen 10 94
- Beweislast 10 25 f.
- Beweissicherung, zum Zwecke der 10 58
- Bundespolizei 10 96
- Bundespolizeibehörde 10 95
- diskriminierender Charakter 10 6
- Dolmetscher 10 79, 97
- Dreimonatsfrist 10 73, 75
- Eilrechtsschutz, Gewährung von 10 75
- Eilrechtsschutz, verwaltungsgerichtlicher 10 103
- Einreise, Darlegung der 10 50
- Feststellung der Rechtswidrigkeit 10 8
- Feststellungsantrag 10 114 f.
- Feststellungsantrag der Behörde unzulässig 10 117
- Flugverbindungen, fehlende 10 73
- Folgeantrag 10 75
- Folgeantragsteller 10 57
- Gefahr für Leib und Leben Dritter 10 38
- Grundrechtseingriff, tiefgreifender 10 115
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 10 69 f.
- Hafteinrichtungen, spezielle 10 90
- Haftgründe, unionsrechtliche 10 55
- Hafthindernisse 10 74 ff., 102
- Haftung für die Kosten 10 116
- Heimreisedokumente, Probleme bei der Erlangung von 10 74
- homosexuelle Gefangene 10 94
- Identität, Feststellung der 10 58
- Identitätstäuschung 10 23, 33 f.
- Kontaktaufnahme mit Rechtsvertretern, Familienangehörigen, Konsularbehörden, UNHCR und Hilfsorganisationen 10 94
- Lebenspartner 10 96
- Maximaldauer 10 3
- mildere Mittel 10 38
- missbräuchliches Verhalten 10 114
- Mitwirkungspflichten, Verletzung gesetzlicher 10 46
- Passlosigkeit 10 76
- Personalmangel 10 72
- persönliche Anhörung 10 97
- Privatsphäre, Schutz der 10 94
- Rechtmäßigkeit der aufenthaltsbeendenden Maßnahme 10 102
- Rechtsbeistand 10 80
- Täuschungshandlung 10 22
- Transportverbindungen, fehlende 10 74
- Trennungsprinzip 10 90
- Umwandlungsprozesse, staatliche 10 23
- unbegleitete(r) Minderjährige(r) 10 94
- Untersuchungshaft 10 40
- unzumutbares Erscheinen zum angegebenen Termin 10 27
- Verfahrenseteiligte 10 96
- Verfahrensbevollmächtigter 10 97
- Verfahrenspfleger 10 96
- verfassungsrechtliche Sicht 10 6
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 10 52, 72
- Verurteilung, rechtskräftige 10 39
- Verwaltungsbehörde, zuständige 10 95
- Vollzug der, Rechtsschutz 10 90
- Wiederholungsgefahr 10 117

- Wohnungswechsel 10 29
- Abschiebungshaftanordnung, Beschwerde 10 107
- Abschiebungshafthindernisse
 - Abschiebungsverbote 10 102
 - Rechtmäßigkeit der Abschiebungsverfügung 10 102
 - Refoulementverbot 10 102
 - Verfolgungsgründe 10 102
- Abschiebungshaftkosten 10 101
- Abschiebungshindernis 9 361, 11 68
 - tatsächliches 9 363
 - zielstaatsbezogenes 4 84, 11 116
- Abschiebungshindernis, krankheitsbezogenes 9 392 ff.
- Abgrenzung zwischen zielstaats- und inlandsbezogen 9 399
- ärztliche Bescheinigung 9 381
- Gefahrengrad 9 395
- Prüfungspflichten der Ausländerbehörde vor der Abschiebung 9 398
- Suizidrisiko 9 398
- Vermutung, gesetzliche 9 381
- Abschiebungskosten 9 266, 306, 341, 345
- Abschiebungsschutz 12 7
- Abschiebungsstopp, Erlass 7 72
- Abschiebungsverbot 8 294, 9 348, 414, 11 129, 174 f., 237, 12 22, 29, 31
 - des § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG 11 605
 - krankheitsbedingtes 9 415
 - krankheitsbedingtes zielstaatsbezogenes 9 383, 394
 - nach § 60 Abs. 5 AufenthG 2 128
 - nationales 11 171 ff., 12 26, 30
 - zielstaatsbezogenes 5 67, 7 71, 9 356, 11 116, 12 28 ff.
- Abschiebungsverbot, nationales 7 71, 11 116
 - Aufenthaltserlaubnis 7 73, 85
 - Ausbildungsförderung 7 85
 - Ausweisersatz 7 85
 - Beschäftigungserlaubnis 7 85
 - eigenständige Prüfungskompetenz der ABH 7 72
 - Einbürgerung 7 85
 - Elterngeld 7 85
 - Familienzusammenführung 7 85
 - gröbliche Verletzung der Mitwirkungspflichten 7 82
 - Kindergeld 7 85
 - Niederlassungserlaubnis 7 85
 - Passpflicht 7 85
 - Vorrangprüfung 7 85
 - Widerruf der Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG 9 41
 - Wohngeld 7 85
- Abschluss, akademischer 5 47
- Abschreckungswirkung der Abschiebung
 - generalpräventive Wirkung 9 307
 - spezialpräventive Wirkung 9 307
- Absicht, asylfremde 11 561
- Absoluter Ausnahmefall 11 437
- Absoluter Revisionsgrund 12 2
- Absolutes Folterverbot 11 429
- Absolute Sperrwirkung 2 132
- Absolute Verjährungsfrist 9 107
- Abstammungsgutachten 8 227, 247, 278
- Abstraktes Gefährungsdelikt 11 397
- Abstrakt festgelegter Sprachnachweis 5 98
- Abwägung, einzelfallbezogene 2 178
- Abwägungsgrundsatz 9 94 ff.
- Abweichende Visumerfordernis 6 125
- Abweichungsermessen 2 2
- Abwendung
 - glaubhafte 9 174, 191
 - innere 9 183
 - von verfassungsfeindlichen Bestrebungen 7 229
- Adoptionsvermittlungsstelle 8 196
- Adoptionsvermittlungsverfahren, internationales 8 197
- Adoptiveltern 7 36, 8 194, 11 91
- Adoptivkind 8 2, 194
- Adresse, ladungsfähige 12 33 ff.
- Advokatur, freie 11 85

- Advokatur, Prinzip der freien **11 83**
AEUV **11 486**
Afghanistan **11 456**
Afrikanischer Gerichtshof für Menschenrechte **11 344**
Aids **9 219**
Aids-Kranker **9 217, 392**
Akademische Ausbildung **5 40 f., 64**
Akademische Fachkraft **5 49, 141**
Akademischer Abschluss **5 47**
Akteneinsicht **3 27, 4 51**
Akteneinsichtnahme **2 248**
Akteur, nichtstaatlicher **11 509**
Aktien **5 157**
Aktiendepot **2 25**
Akzessorietät der Aufenthaltserlaubnis **2 168, 208**
– Auflösung der **2 159**
Albanien **5 60**
Alias-Personalien **2 117, 8 280**
Alkoholabhängigkeit **8 190**
Alkoholmissbrauch **8 118**
Alkoholsucht **8 139**
Alleinerziehende(r) **7 230**
Alleinstehende Personen **2 43**
Allgemeinbildende Schulen **7 201**
Allgemeine Lage **11 546**
Allgemeines wirtschaftliches Interesse **5 153 f.**
Alter **11 92**
Altersbegrenzung **7 202, 8 155, 9 246**
– des § 25 Abs. 1 AufenthG **7 211**
Altersfeststellung **11 30, 303**
– knochenbasierte **11 97**
Altersrente **4 66**
Altersversicherung **2 200**
Altersversorgung **2 200**
– angemessene **5 176**
Altersvorsorge **2 172, 192, 200 f., 5 130 f., 133, 175, 7 248 f., 255**
– Anwartschaft auf Leistungen **2 173**
– häusliche Pflege **2 174**
– Kinderbetreuung **2 174**
– private **2 173**
Altfall **7 248**
Altfallregelung **7 1, 122**
Alt-Verfügungen, ausweisungsrechtliche **9 92**
AMM-Verordnung (EU) **11 8, 125, 177 ff., 195, 379**
Amtliche Auskunft **11 542**
Amtlicher Gewahrsam **11 57**
Amtsarzt **9 402, 10 84**
Amtsärztliche Bescheinigung **9 407**
Amtsermittlungspflicht **11 244, 513**
Amtshilfe **9 447, 10 96**
Amtswegiges Verfahren **6 94, 7 163**
ANABIN-Datenbank **6 11**
Analphabetismus **2 202, 8 74, 83, 88**
Anderer Mitgliedstaat, Aufenthaltstitel **10 53**
Andorra **2 106**
Anerkannte Berufsqualifikation **5 112**
Anerkennung der Vaterschaft **8 278**
– vorgeburtliche **8 286**
Anerkennungsquote **11 578 ff.**
Anerkennungsverfahren **5 25**
Anfangsverdacht, Ermittlungsvoraussetzung **8 34**
Anfechtungsklage **9 14 f., 409, 10 93, 12 16**
– gegen eine auflösende Bedingung **9 21**
– isolierte **2 134, 231, 254, 5 195, 9 268**
Anfechtungsrecht der Behörde **8 229**
Anforderung, verfahrensrechtliche **11 536 ff.**
Angaben, falsche, Kausalität **7 151**
Angeborenes Merkmal **11 355**
Angemessene Altersversorgung **5 176**
Angemessene Unterbringung **11 81**
Angestellter, deutsche Sprache **4 79**
Angriffskrieg **2 86**
Anhörung
– in der Botschaft **9 417**
– persönliche **2 94, 10 99, 11 217, 220, 239, 544**
– persönliche, Empfehlungen für Antragsteller **11 240**

- Anhörungsniederschrift **11** 225, 241, 243, 539, 603
- Anhörungsrecht **9** 253
- Anhörungsrüge **10** 111
- Ankunftsnaehweis **9** 414, 431, **11** 65, 68 f.
- Anlasstat **9** 145
- Annäherungsgrundsatz **8** 283 f.
- Annexion **11** 497
- Anordnung
- einstweilige **10** 106
 - richterliche **9** 352
- Anpassung, redaktionelle **11** 123
- Anpassungslehrgang **5** 20
- Anrechnungszeit **5** 69
- Ansatz
- kindergerechter **11** 303
 - pragmatischer **11** 315
 - quantitativer **11** 464
- Anscheinsbeweis **8** 42, **11** 10, 14
- Anscheinsvermutung **8** 43
- Anschrift, ladungsfähige **12** 34
- Anspruch **11** 207
- auf Aufenthalt an bestimmtem Ort **7** 117
 - rückwirkender **2** 141
- Anstifter **9** 197
- Anstoßpflicht **6** 89
- Antrag **11** 565
- fremdsprachiger **11** 118
 - internationaler Schutz **11** 536 ff.
 - offensichtlich unbegründeter **11** 533 ff.
 - Rücknahme **2** 29
 - unzulässiger **11** 122, 126 ff., 167
 - verspäteter **2** 264, 268
 - wiederholter auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis **2** 260
 - Wirkung **2** 29
 - Zeitpunkt **2** 23 ff.
- Antrag, verspäteter **2** 259, 261
- Fiktionsbescheinigung **2** 270
 - türkischer Assoziationsberechtigter **2** 270
- Antrag auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis
- Aufenthaltserlaubnis, humanitäre **2** 244
 - Inhalt **2** 244
 - Rechtsgrundlage, Bezeichnung der **2** 244
- Antragsabhängiges Verfahren **11** 117 ff.
- Antragsablehnung, qualifizierte **11** 538, 545, 547, 595
- Antragsfiktion **7** 211
- Antragsteller **11** 243, 421
- untergetauchter **9** 281
- Antragstellung **11** 559 ff.
- verspätete **7** 35
- Anwaltlicher Termin **11** 86
- Anwaltszwang **11** 587
- Anwartschaft **2** 173, **5** 210
- längerfristige Unterbrechung der Beschäftigung **5** 244
- Anwartschaft Arbeitslosenversicherung **5** 101
- Anwendungsvorrang **11** 155
- Anwendungsvorrang des Unionsrechts **9** 323
- Anwerbestopp **5** 27
- Anwesenheit, physische **2** 223
- Anzeigepflicht **9** 432, **10** 28
- Apostille **8** 164
- Apotheker **2** 180, **5** 11, 49
- Apothekerkammer **5** 19
- Approbation **5** 186
- Arbeitgeber **5** 219
- Beschäftigung unabhängig vom Sitz des - **5** 72
 - Wechsel des **5** 194
- Arbeitnehmer **4** 13
- Begriff **5** 150
 - Drittstaatsangehörige **4** 16
 - türkische **4** 9, **5** 210 ff., **9** 11
- Arbeitnehmerbegriff **5** 231, **8** 313
- unionsrechtlicher **5** 236, 238
- Arbeitnehmereigenschaft
- Beschäftigung, geringfügige **4** 76
 - Kriterien des Begriffs **4** 76

- Prüfkriterien 4 77
- Arbeitnehmerfreizügigkeit 4 14, 73,
5 216 f., 225, 8 309, 9 117
- Arbeitnehmer iSd Unionsrecht
- Arbeitslosigkeit, unfreiwillige 4 74
- Berufsausbildung, Aufnahme einer
4 74
- Erwerbsminderung, vorübergehende
4 74
- Krankheit 4 74
- Schwangerschaft 4 74
- Arbeitnehmerüberlassungsgesetz 5 10
- Arbeitseinkommen 6 118
- Arbeitsurlaubnis 5 226
- Arbeitslosengeld 2 44
- Arbeitslosenversicherung 5 65
- Anwartschaft 5 101
- Arbeitslosigkeit 5 210, 6 122, 8 211
- unfreiwillige 4 14, 73 f.
- Arbeitsmarkt 6 4
- Ausscheiden aus dem 8 207
- regulärer 8 206
- Arbeitsmarktpolitisches Interesse 5 76
- Arbeitsmarktprüfung 2 228
- Vorrangprüfung 2 228
- Arbeitsmarktsituation, atypische 5 77
- Arbeitsplatz 5 79
- Verlust 2 271
- Arbeitsplatzangebot 5 5 ff., 23, 29, 72,
6 121, 8 64, 9 334
- Arbeitsplatzprüfung 5 66, 188, 6 81
- Arbeitsplatzsuche 2 156, 5 5, 7, 23, 55,
72, 6 6 ff., 121
- Altersgrenze 6 9
- Forscher 5 86, 89
- für Fachkraft mit Berufsausbildung,
Deutschkenntnisse 5 83
- Arbeitsplatzwechsel 5 54
- Arbeitsuche 2 213, 4 13, 69, 5 221, 8 210
- Arbeitsunfähigkeit 8 145
- vorübergehende 4 13
- Arbeitsunfall 4 30
- Arbeitsvertrag 5 6
- Arbeitsvertrag, befristeter 5 11
- Arbeitszeitaufzeichnung 5 120
- Architekt 5 180
- Arrangierte Ehe 9 204 f.
- Art. 18 GRCh 11 105
- Art. 21 AEUV 4 29, 62
- Art. 24 Abs. 2 GRCh 4 40
- Art. 267 AEUV 4 3
- Art. 3 EMRK 11 450
- Art. 47 GRCh 4 52, 12 7
- Art. 55 11 161
- Art. 6 GRCh 10 10
- Art. 8 EMRK
- Eingriff in Verhältnismäßigkeitsprü-
fung 7 138
- geduldeter Aufenthalt 7 134
- Schutz durch - 7 146
- Schutzzumfang 7 134
- Arzt 2 180, 5 49
- Ärztekammer 5 19
- Ärztliche Bescheinigung 9 404 ff.
- Belehrung 9 408
- qualifizierte 9 380 f., 403
- qualifizierte, gesetzliche Anforderun-
gen 9 402
- qualifizierte, Widerlegungskriterien
9 381
- Ärztliche Prüfung 6 56
- Ärztliches Attest 9 405
- Ärztliche Untersuchung 6 107
- Präklusion 9 407
- vor dem Abflug 10 31
- Weigerung des Betroffenen 9 407
- Arztprivileg 2 77
- Aspekt, geschlechtsbezogene 11 374 ff.
- Assistenz- und Helferausbildung 6 80
- Assoziationsberechtigte 5 253, 8 90
- Assoziationsberechtigtes Kind 5 252
- Assoziationsratsbeschluss – ARB 1/80
5 212
- Assoziationsrecht 9 113
- Assoziationsrecht, Beendigung des
9 112
- Assoziationsrechtliche Rechtsstellung
5 251

- Assoziationsrecht nach Art. 7 ARB 1/80,
Erwerbstätigkeit, kein Erfordernis der
9 114
- Assoziationsrecht türkischer Arbeitneh-
mer 5 211
- Arbeitslosigkeit, dauerhafte 5 245
 - Arbeitslosigkeit, unverschuldete
5 245
 - Arbeitsuche 5 221
 - Arbeitsunfall 5 244
 - Aufenthaltsrecht 5 218
 - Aufenthaltsrecht, deklaratorisches
5 245
 - Au-pair-Kraft 5 233
 - Ausbildungsverhältnis 5 232
 - Ausweisung 5 247
 - Bindungswirkung des Erneuerungsan-
spruchs 5 218
 - Einreisevorschriften, Umgehung der
5 233
 - Elternzeit 5 244
 - Existenzminimums, Unterschreitung
des 5 236
 - häusliche Mitarbeit 5 239
 - Imam 5 227
 - Inhaftierung 5 246
 - Jahresurlaub 5 244
 - Krankheit, kurze 5 244
 - Krankheit, langfristige 5 245
 - Kündigung, betriebsbedingte 5 245
 - kurzfristige Unterbrechungen 5 244
 - langfristige Unterbrechungen 5 244
 - Lehrkräfte für muttersprachlichen
Unterricht 5 227
 - Mutterschaft 5 244
 - ordnungsgemäße Beschäftigung
5 230
 - Praktikum 5 235
 - Promotion 5 235
 - Rentner 5 247
 - Rückkehr in die Türkei, freiwillige
5 247
 - schrittweise Verfestigung des Aufent-
haltsrechts 5 218
 - Seemann 5 227
 - Sonderurlaub 5 244
 - Sozialarbeiter 5 235
 - Student 5 233
 - Teilzeitbeschäftigung 5 236
 - Unterbrechungen des Arbeitsverhält-
nisses 5 242
 - vorsätzliche Täuschung 5 240
 - vorübergehender Auslandsaufenthalt
5 247
 - Wechsel des Arbeitgebers 5 220
 - Wehrdienst 5 245
 - Werkvertragsarbeitnehmer 5 227
- Assoziierungsabkommen EWG-Türkei
2 19, 5 211, 8 89
- Asyl, politisches 11 398
- Asylablehnung, qualifizierte 10 26,
11 107
- Asylakte 9 133
- Asylantrag 2 130, 132, 7 111 f., 11 52, 65,
186, 540, 560
- an der Grenze 11 65, 594
 - Antragsablehnung, qualifizierte
11 594
 - Antragsbegründung, schriftliche
11 119
 - Begriff 11 117
 - Begründungserfordernis, anwaltliche
Verpflichtung zur 11 120
 - Legaldefinition 11 117
 - nachträgliche Rücknahme 2 135
 - offensichtlich unbegründeter 5 23,
11 606
 - Sprachprobleme 11 117
 - unzulässiger 11 121
- Asylantragsteller, Ausweisung 9 234
- Asylberechtigte 5 8, 7 4, 10, 11 110, 605
- Asylberechtigter Flüchtling 8 74
- Asylberechtigung 12 24
- Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
5 74, 11 79
- Asylersuchen 11 65
- Asylfremde Absicht 11 561
- Asylgesetz (AsylG) 11 138, 140, 162, 195,
12 37
- § 26a 11 135 ff.

- § 29 **11** 121 ff.
- Asylgrundrecht **11** 66, 105
- Effektivität **11** 69
- verfahrensrechtliche Bedeutung **11** 66 f.
- Asylpolitik, gemeinsame **11** 1 f.
- Asylprozess **12** 4
- Asylrecht **1** 7, **11** 21
- verfassungsrechtlich verbürgtes **11** 67
- Asylrechtlicher Ausschlussgrund **1** 9
- Asylstaat, erster **11** 131, 147
- Asylsuchende **11** 24 f., 36, 41, 46, 98, 145, 200
- typischer **10** 37
- Asylunabhängiger Aufenthaltstitel **11** 561
- Asylverfahren **11** 141, 230, 576
- antragsabhängiges Verfahren **11** 117
- Antragstellung, schriftliche **11** 71
- Auskünfte **11** 600 f.
- Beweisantrag **11** 227
- fremdsprachige Anträge **11** 227
- Gutachten **11** 600 f.
- Identität von Ermittler und Entscheider **11** 600
- Minderjähriger **11** 238
- Sperrwirkung **2** 127 ff.
- zuständige Außenstelle **11** 117
- Asylverfahren an der Grenze **11** 533
- Asylverfahrensrechtliche Konzeption **11** 53
- Asymmetrischer Konflikt **11** 466
- Asymmetrischer Krieg **11** 461 ff.
- Attest „auf Vorrat“ **9** 407
- Atypische Arbeitsmarktsituation **5** 76 f.
- Atypischer Ausnahmefall **2** 2, 35 f., 70, 7182, 238, 256
- Beweislast **7** 223
- iSd § 32 Abs. 3 AufenthG **8** 167
- nach § 25a Abs. 1 AufenthG **7** 212
- Atypischer Fall **7** 74
- Atypischer Geschehensablauf **2** 34
- Atypisches Ausnahmegeschehen **7** 73
- Aufbausteuer **7** 43
- Aufbaustudium **6** 39
- Aufenthalt **4** 31
- erlaubnisfreier **2** 14 ff.
- genehmigungsbedürftiger **2** 14 ff., 20
- gewöhnlicher **9** 251 f., 437, **11** 346, 519
- illegaler **9** 215
- irregulärer **11** 198
- langfristiger **5** 33
- rechtmäßiger **5** 65, **10** 45
- Unterbrechung **9** 18
- zu Besuchszwecken **2** 74
- Aufenthaltsbeendigung **9** 1 ff., **11** 560
- Aufenthaltsbefugnis **2** 169, 7 242
- Aufenthaltsberechtigte **2** 9
- langfristig **2** 223 ff.
- Aufenthaltsberechtigung **2** 169
- langfristige **2** 225
- Aufenthaltsberechtigung, Ausweisung **9** 122 f.
- Aufenthaltsberechtigung, langfristige **2** 187, 7 12, 225
- individuelle Güterabwägung **9** 123
- Nachweis der Rechtsstellung **9** 122
- Aufenthaltsbestimmungsrecht **8** 154
- Aufenthaltsbewilligung **8** 193
- Aufenthaltsdauer **7** 200
- Aufenthaltsenerlaubnis **2** 1, 4, 10 f., 216, 245, 255 f., **4** 2, 16, 29, **5** 31, 64, 84 f., 88, 90, 94, 97 ff., 102 f., 108, 135, 141, 149, 173 ff., 184, 197, 202, 214, 254, **6** 35, 37, 40, 126, 7 48, 68, 74, 77, 87 ff., 97 ff., 103 ff., 109, 117, 164, 195, 207, 220, 227, **8** 70, 95, 100, 180, 224, 231, **9** 49, 55 f., 226, 325, 362, 379, **11** 574
- allgemeine Erteilungsvoraussetzungen **2** 31 ff.
- Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO **2** 255
- Antragstellung durch Rechtsanwalt **2** 30
- Antrag vom Ausland **2** 247
- Aufenthaltzweck **2** 26
- Auflage **2** 6
- auf Probe **7** 241
- aus humanitären Gründen **2** 26, 35, **11** 575
- befristete **8** 187

- Beurteilungszeitpunkt 2 254
- des Ehegatten 4 25
- ehebezogene 8 144
- ehebezogene, Anknüpfungszeitpunkt 8 105
- ehebezogene, Berechnung der Dreijahresfrist 8 105
- Ehegattennachzug 8 79
- eigenständige 8 175, 9 52
- Eilrechtsschutz 2 255
- Eilrechtsschutz nach § 123 VwGO 2 257
- eines anderen Schengen-Staates 2 227
- Ermessenskriterien 5 159
- Erwerbstätigkeit 7 239
- familienbezogene 7 84
- Familiennachzug 7 239, 8 244
- Formblattmuster, Verwendung von 2 30
- Geltungsdauer 2 154, 6 53, 7 108 ff., 239
- humanitäre 5 229, 7 179, 254
- humanitäre, Nachzug 8 2
- humanitäre (Klagegegenstand) 7 1
- nach § 7 Abs. 1 S. 3 2 25
- nach Anerkennung der Berufsqualifikation, Ermessen 5 92
- Niederlassungserlaubnis 7 239
- Prüfungsgegenstand 2 26
- Prüfungsschema 2 12
- Prüfungsumfang bei einer humanitären 2 244
- räumliche Beschränkung 2 6
- Rechtsschutz 2 254
- rückwirkende Erteilung 2 164
- rückwirkender Verlängerungsanspruch 2 140
- Sicherungsanspruch bei unmittelbar bevorstehender Erteilung 7 187
- studienbezogene 6 58
- studienbezogene, Verlängerung 6 55
- Studium 2 229
- Suche nach einer Erwerbstätigkeit 5 80
- türkischer Assoziationsberechtigter 5 213
- verkappte 7 121
- Verlängerung 2 6, 140, 153
- Versagungsgrund nach § 5 Abs. 4 AufenthG 2 123 ff.
- Vorstufe 7 182
- vorübergehender Zweck 2 214
- wegen Unmöglichkeit der Ausreise, Prüfungsschema 7 118
- Widerruf 9 59 f.
- zur Arbeitsplatzsuche 5 23, 105
- zur Suche nach einem Arbeitsplatz 5 93
- Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit 5 23
- Zweckwechsel 2 24, 27
- Aufenthaltserteilung, eigenständige 8 103
- Altfälle 8 115
- Arbeitsplatzes, Verlust des 8 131
- Arbeitsplatzverlust 8 131
- Arbeitssuche, Erfordernis der 8 122
- Arbeitsunfähigkeit 8 145
- Ausübung einer Erwerbstätigkeit 8 146
- besondere Härte 8 117
- Besuchsreisen ins Herkunftsland 8 113
- Beweislast 8 134
- Dreijahresfrist 8 115
- dreijähriger Besitz 8 110
- Duldungsbescheinigung 8 110
- Eheauflösung durch den Ehegatten, kein Erfordernis der 8 138
- Ehebestandszeit 8 112
- ehebezogene Beeinträchtigungen 8 125
- Ehestreitigkeiten 8 136
- Entfremdung vom Herkunftsland 8 131
- gesellschaftliche Diskriminierung 8 123
- gesellschaftliche und sonstige Nachteile 8 126

Stichwortverzeichnis

- Inanspruchnahme von Sozialleistungen 8 122
- inlandsbezogene schutzwürdige Belange 8 134
- Integrationsleistungen 8 130
- Integrität, körperliche oder psychische 8 136
- Kinder, Betreuung von pflegebedürftigen 8 122
- Kleinkinder, Betreuung von 8 122
- Krankheitsgründe 8 145
- Kränkungen 8 136
- Kreditverpflichtung 8 131
- mehrere Ehen 8 114
- Niederlassungserlaubnis 8 147
- Personensorge, alleinige 8 145
- psychische Erkrankung 8 133, 145
- Scheidungsverfahren, Angaben über den Trennungszeitpunkt 8 114
- Sozialleistungsbezug 8 145
- Tod des stammberechtigten Ehegatten 8 116
- Trennung, vorübergehende 8 112 f.
- türkische Assoziationsberechtigte 8 115
- Umgangsrecht, Ausübung des 8 133
- Verfolgung im Herkunftsstaat 8 126
- Verlängerung 8 143
- Verlängerungsanspruch 8 146
- Verletzung der Familienehre 8 126
- Vermögenswerte, erhebliche 8 129
- wirtschaftliche Belastungen 8 129
- Wohl des Kindes 8 123, 142
- zielstaatsbezogene Härtegründe 8 123
- Aufenthaltserteilung aus humanitären Gründen 11 575
- Aufenthaltserteilung des Ehegatten 4 25
- Aufenthaltserteilung für Studium 2 229
- Aufenthaltserteilung nach § 25a Abs. 1 AufenthG
 - Altersbegrenzung 7 213
 - Erwerbstätigkeit 7 213
 - Familiennachzug 7 213
 - Geltungsdauer 7 213
 - Niederlassungserlaubnis, Übergang zur 7 213
 - Verlängerungsanspruch 7 213
- Aufenthaltserteilung nach § 25a Abs. 2 AufenthG 7 214
 - Ausschlussgründe 7 225
 - Straftat, vorsätzliche – im Bundesgebiet 7 225
- Aufenthaltserteilung nach § 25 Abs. 2 AufenthG
 - Erwerbstätigkeit 7 218 f.
 - Geltungsdauer 7 219
 - Lebensunterhalt, gesicherter 7 218
- Aufenthaltserteilung nach § 25 Abs. 3 AufenthG, Rechtsversagungsgründe 7 76
- Aufenthaltserteilung nach § 25 Abs. 5 AufenthG
 - Krankenversicherungsschutz 7 133
 - Unterhaltssicherung 7 133
 - Wohnsitz, fester 7 133
- Aufenthaltserteilung nach § 28 Abs. 1 AufenthG
 - Duldung 8 237
 - Erteilung 8 236
 - Geburt des Kindes 8 237
 - Verlängerung 8 236
 - Visumverfahren 8 237
- Aufenthaltserteilung nach § 28 AufenthG
 - eigenständiges Aufenthaltsrecht 8 218
 - Erwerbstätigkeit, Berechtigung zur 8 218
 - Geltungsdauer 8 218
- Aufenthaltserteilung nach § 36 Abs. 2 AufenthG, Verlängerung der 8 200
- Aufenthaltserteilung nach § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG 2 38, 8 198
- Aufenthaltserteilung zum Ehegatten-nachzug 8 79
- Aufenthaltserteilung zur Suche nach einem Arbeitsplatz 5 93